

Koray Yilmaz-Günay (Hg.)

**Karriere eines konstruierten Gegensatzes:
zehn Jahre «Muslime versus Schwule»**

Sexualpolitiken seit dem 11. September 2001

Inhalt

EINLEITUNG

Der «Clash of Civilizations» im eigenen Haus.....	7
<i>Koray Yilmaz-Günay (2011)</i>	

VON DER MOTZSTRASSE NACH AFGHANISTAN UND ZURÜCK

Ist Krieg oder was?.....	15
<i>Queer Nation Building in Berlin-Schöneberg</i>	
<i>Salih Alexander Wolter (2011)</i>	

Wer liegt oben?.....	25
Türkische und deutsche Maskulinitäten in der schwulen Szene	
<i>Dr. Jennifer Petzen (2005)</i>	

«Sein ganzer Traum von Männlichkeit».....	47
Cem Yıldız sagt, wo es langgeht	
<i>Salih Alexander Wolter (2010)</i>	

Queer-Imperialismus.....	51
Eine Intervention in die Debatte über «muslimische Homophobie»	
<i>Dr. Jin Haritaworn, mit Tamsila Tauqir und Dr. Esra Erdem (2007)</i>	

Bombenstimmung.....	71
<i>Dirk Ruder (2003)</i>	

Opferlotto.....	75
<i>Dirk Ruder (2007)</i>	

Mit Islamophobie contra Homophobie?.....	79
<i>Georg Klauda (2007)</i>	

Parallele Erfahrungen von Diskriminierung und Gewalt.....	85
Gedanken nicht nur zu Rassismus und Transphobie in Szene-Kontexten	
<i>Saideh Saadat-Lendle (2010)</i>	

«Kultur» statt «Rasse».....91
Das Phänomen des antimuslimischen Rassismus
Yasemin Shooman (2010)

Lob und Notwendigkeit der Asymmetrie.....97
Zur nationalen Funktion der Islam-Debatten in Deutschland
Koray Yilmaz-Günay (2010)

**Eine ökonomische Macht, die auf
Normalisierung abzielt..... 103**
«Gemachte Andere» zwischen Homophobie und
antimuslimischem Rassismus
Zülfukar Çetin (2011)

Integration as a Sexual Problem..... 115
An Excavation of the German «Muslim Homophobia» Panic
Dr. Jin Haritaworn und Dr. Jennifer Petzen (2011)

RÄUME

**Schwule und Muslim_innen zwischen Homophobie
und Islamophobie..... 135**
Dr. Andreas Hieronymus (2009)

Judith Butler lehnt Berlin CSD Zivilcourage-Preis ab!..... 147
Judith Butler lehnt Zivilcourage-Preis des Berliner CSD ab: «Von
dieser rassistischen Komplizenschaft muss ich mich distanzieren»
Presseerklärung von SUSPECT zum 19. Juni 2010

Leben nach Migration..... 151
SPEZIAL: Homophobie und Rassismus
Newsletter des Migrationsrates Berlin-Brandenburg e.V. (Dezember 2010)

Silent Echoes..... 163
The Aftermath of Judith Butler's Refusal of the Civil Courage Award
Dr. Jennifer Petzen (2011)

**BASTA, le racisme et la xénophobie au nom
de la lutte contre l'homophobie!..... 169**
Déclaration de lesbiennes of Color du 12 avril 2011

**Genug mit Rassismus und Xenophobie im Namen
des Kampfes gegen Homophobie..... 171**

Erklärung von Lesbienes of Color vom 12. April 2011

From Gay Pride to White Pride?..... 173

Why marching on East London is racist

Decolonize Queer (2011)

Vom Gay Pride zum White Pride?..... 177

Warum es rassistisch ist, in East London aufzumarschieren

Decolonize Queer (2011)

DEBATTEN

Widersprüchliches Verhältnis..... 181

Wie antimuslimische Parteien zu Homosexuellen stehen

Markus Bernhardt (2011)

Internationale Solidarität..... 189

Wer erkämpft das Menschenrecht?

Dr. Alexander King (2011)

Muslimische Erklärungen gegen Homophobie..... 195

Entstehung, Inhalt und Nutzbarkeit

Salih Alexander Wolter und Koray Yilmaz-Günay (2011)

Keine Verrenkungen nötig.....203

Muslimische Gedanken zu lesbischer und schwuler Liebe
und Sexualität

Hilal Sezgin (2011)

ANHANG

Zu den Autor_innen.....207

Anmerkungen zu den Fotos.....211



Der «Clash of Civilizations» im eigenen Haus

Im öffentlichen Raum ist ein Gegensatz entstanden, der zusammengefasst lautet: «Muslim_innen versus Schwule». Sehr unterschiedlich verfasste «Szenen» und «Communities» diskutieren bis in die Mainstream-Medien hinein, wie Sexismus und Homophobie bei «Muslim_innen» abgebaut werden können. Und sind sich überraschend einig: «Kultur» und «Religion» müssen im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Denn was in den 1990er Jahren noch für absurd gehalten worden wäre, ist heute Realität: Die Debatten über Diskriminierung und Gewalt fokussieren nicht mehr auf die Gesellschaft mit ihren wirkmächtigen Institutionen, sondern auf diese ausgelagerte Träger_innenschicht, die vermeintlich überkommene Feindschaften wieder ins Land holt.

Auch die öffentliche Wahrnehmung des Antisemitismus folgt einem ganz ähnli-

chen Schema. Es sind heute vor allem «Muslim_innen» – wo nicht explizit auf «Palästinenser_innen» und «ihren» Nahost-Konflikt Bezug genommen wird –, die als Hauptquelle aktueller Feindschaft gegenüber Jüd_innen und jüdischen Orten, Institutionen und jüdischem Leben allgemein gelten. Antisemitismus ist – wie Sexismus und Homophobie – externalisiert worden. Wer ihn heute besprechen will, muss wenigstens über grundlegende Kenntnisse koranischer Texte und/oder der Prophetenüberlieferungen verfügen. Wo hier «Sexismus und Homophobie» steht, könnte oft auch «Antisemitismus» hinzugefügt werden.

Krieg, Landnahme und Rassismus stehen seit langem in einem bestimmten Zusammenhang mit (nicht) akzeptablen Geschlechtsidentitäten und Sexualitäten.

Damit Gewalt eine akzeptierende Massenbasis bekommt, braucht sie immer Legitimationen, die über strategische, politische und ökonomische Interessen hinausreichen. Das war im historischen Kolonialismus schon so, und das ist auch heute nicht anders. Der Ausweis der Befähigung und Pflicht zur Kolonisierung war ein reines Gewissen, die Bevölkerung musste wissen, was als «natürlich», moralisch einwandfrei oder – schlichter – «normal» zu gelten hat, damit die Herrschaften losziehen konnten, um andere zu «zivilisieren». Und «selbstverständlich» waren diese Herrschaften die Verkörperungen der vermeintlichen «Natürlichkeit» und «Normalität». So stellen «Aufklärung» und «Menschenrechte» auch heute zentrale Begründungszusammenhänge dar, wenn es um die Durchsetzung einer neukolonialen Weltordnung geht. Der Krieg (im Ausland) und der Kampf um kulturelle Hegemonie («Leitkultur» im Inland) sind stark vergeschlechtlicht und stark sexualisiert. Frauen und Homosexuelle immer mittendrin.

Der 11. September 2001 stellt einen Wendepunkt dar. Er ist selbst weder Grund noch Anfang. Aber mehr als nur sinnbildlich steht das Datum doch für eine Welt, deren Lauf sich an diesem Tag für alle *wahrnehmbar* geändert hat. Die Ablösung der alten Weltordnung konnte nach dem Ende des Kalten Krieges und der Blockkonfrontation nur eine Frage der Zeit sein. Sie zeichnete sich zwar schon zu Beginn der 1990er Jahre ab, die Kurve wurde aber erst im neuen Jahrtausend genommen, als die beispiellosen Anschläge auf das Welthandelszentrum in New York City und den Hauptsitz des US-Verteidigungsministeriums in Washington D.C. ein Fundament legten, auf das sich bauen ließ.

Denn international haben sich seitdem nicht nur die Sicherheitsbestimmungen bei Flugreisen geändert. Erhebliche Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten kamen und blieben, Kriege wurden angezettelt – und nicht zuletzt wurde der Begriff des «Westens» umgemünzt, weil fortan der entsprechende «Osten» fehlte. Das wieder vereinigte Deutschland verortete sich trotz der Junior-Partnerschaft, die ihm darin auf absehbare Zeit maximal zukommt, vorbehaltlos in genau diesem «Westen». Die Militarisierung der Außenpolitik ist in der Zeit einer rot-grünen Bundesregierung mehrheitsfähig geworden; es war ihr Verteidigungsminister, der die Zuständigkeit seines Ressorts Ende 2002 bis an den Hindukusch verortete.¹ Wie bei der Einführung von Hartz IV, dem Aufweichen von gewerkschaftlich erkämpften Rechten, der Senkung von Spitzensteuersätzen und einer ganzen Reihe anderer sozialer Einschnitte, die dem Ende der Blockkonfrontation geschuldet waren, konnte es vielleicht nur diese Regierung sein, die Staat, Wirtschaft und Gesellschaft für die neuen Gegebenheiten zurichtete.

Menschenrechte – und insbesondere die Rechte von (heterosexuellen) Frauen und (männlichen) Homosexuellen – haben eine bemerkenswerte Konjunktur erlebt in diesem Zusammenhang. Sie sind zum Gradmesser von «Modernität» und «Aufklärung» geworden, ja zum Indikator für «Zivilisation» überhaupt. Ungeachtet aller Ungleichheiten im Hier und Heute wird ein Selbstbild «unseres Landes» bzw. «des Westens» in Gänze proklamiert, aus dem rechtliche und soziale Ungleichbehandlung komfortabel ausgeblendet werden. Ein Mahnmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Homosexuellen hat Homophobie historisiert, ohne dass sie je Gegenstand einer gesamtgesellschaftlichen Debatte geworden wäre. Die sogenannte «Homo-Ehe» hat Fragen nach dem Um-

¹ Der *BILD am Sonntag* sagte Peter Struck noch am 11. Januar 2004: «Wir verteidigen am Hindukusch in Afghanistan im Kampf gegen den Terrorismus auch Deutschland und unsere Freiheit. Diesen Satz habe ich niemals in Frage stellen müssen.»

gang mit Partnerschaftsmodellen, die von der Hetero-Norm (Zweigeschlechtlichkeit, Monogamie, Fortpflanzung) abweichen, vermeintlich beantwortet, ohne dass der Mainstream sie je hätte diskutieren müssen: eine General-Amnesie im Bezug auf die unwirtliche Vergangenheit und eine weitgehende Ignoranz gegenüber Diskriminierung und Gewalt heute. «Wir», so scheint es, haben Frauen- und Schwulenfeindlichkeit überwunden. Auch wenn die christlichen Großkirchen nicht im Widerspruch zum, sondern *in Übereinstimmung mit* dem Antidiskriminierungsgesetz als zweitgrößte Arbeitgeberinnen im Land nach wie vor nach Belieben einstellen und kündigen können, wen sie wollen.² Auch wenn Frauen nach wie vor für die gleiche Arbeit 25 % weniger verdienen. Wenn sie überhaupt in Arbeit sind.

Den sehr unterschiedlich gezeichneten Figuren «der Muslimin» und «des Muslims» kommt vor diesem Hintergrund eine unentbehrliche Funktion im Diskurs zu. Als «abschreckendes» Beispiel dienen sie dazu, gutes, aufgeklärtes, zivilisiertes Leben zu konstruieren, das gelingen könnte, wenn – ja, *wenn* – genau sie nicht wären. Erhängte Schwule im Iran, gesteinigte Frauen in Afghanistan, zwangsverheiratete Frauen in Kurdistan, ein Schwuler, der in Istanbul einem «Ehrenmord» zum Opfer fällt: Es kann nicht gut bestellt sein um die sexuelle Selbstbestimmung bei «den Muslim_innen»... Es ist der hypermaskuline, gewalttätige und auch sonst zu Kriminalität neigende «muslimische» Mann, der Frauen, Schwule und Lesben bedrängt, ihre Lebensäußerungen gefährdet, geradezu unmöglich macht. Ihm stehen als «Opfer» nicht nur die Frauen und Homosexuellen aus der eigenen Gruppe gegenüber, sondern auch «unsere europäischen Werte». Ein Skandal sondergleichen!

Eine Handvoll bereitwillig akzeptierter Kronzeug_innen aus den betroffenen Bevölkerungsgruppen geben der Furcht auch in deutschen Talkshows und Feuilletons einen Namen und ein Gesicht. Die Job- und Aufmerksamkeitsmaschine «Islamkritik» funktioniert deswegen so gut, weil die Zunft hilft, den «Clash der Kulturen» im eigenen Haus plastisch und glaubwürdig zu erleben. Dass angesichts der bestenfalls anekdotischen Qualität der Debatten-Beiträge niemand von einer Ohnmacht in die nächste fällt, muss umso mehr verwundern, als «interreligiöse Dialoge» in Vereinen, Gemeinden, Kommunen und überall sonst um sich greifen. Überall sprechen heute Menschen als «Muslim_innen» und «Christ_innen» miteinander – auch wenn sie sich vor zehn Jahren noch als atheistisch oder laizistisch bezeichnet hätten. Die Religion ist, bevölkerungsgruppenübergreifend, zum Teil der sozialen Identität geworden. Das «christlich-jüdische Abendland» wird in einer Zeit aus der Mottenkiste geholt, wo es am weitesten weg schien. Demgegenüber sind die Strukturen, die die Gesellschaft prägen, vollkommen in den Hintergrund gerückt. Es reicht, dass bei «uns» Angela Merkel Bundeskanzlerin oder Klaus Wowereit Regierender Bürgermeister von Berlin werden kann, um zu demonstrieren, dass «in unserem Land» die Geschlechter gleichberechtigt und alle sexuellen Orientierungen anerkannt sind. Das provoziert zwar das «Gegenargument», dass in zahlreichen mehrheitlich muslimischen Ländern oder in Indien und Israel die ersten Ministerpräsidentinnen wesentlich früher an der Macht waren – aber am Ende sagen weder das Phänomen Merkel noch die Benazir Bhuttos, Indira Gandhis, Tansu Çillers oder Golda Meirs etwas über die Si-

² Das Allgemeine (!) Gleichbehandlungsgesetz (§ 9) billigt den Kirchen weitgehende Ausnahmen im Arbeitsrecht zu.

tuation «der» Frauen in ihren Ländern aus. Der Bezug auf die Freiheit einzelner Frauen und Homosexueller nimmt das Patriarchat aus seinen Kontexten. Die allermeisten haben aber nicht die individuelle Wahl zwischen Regierungsoberhaupt, einem Job an der Supermarktkasse und einer drohenden Abschiebung. Die liberalistische Behauptung, dass alle das Recht haben zu tun, was sie wollen, verpackt einzelne Freiheiten in Glitzerpapier, um die systematische Ungleichbehandlung zu kaschieren und benachteiligte Gruppen in Gegensatz zueinander zu bringen.

Das Wort vom «antimuslimischen Rassismus» macht demgegenüber die Runde. Denn die Konstruktion von «Wir» und «Ihr» wird heute diverser vollzogen als noch vor zehn Jahren; Genetik und Physiognomie werden zwar nach wie vor bemüht, um die Andersartigkeit und Anderswertigkeit von Menschen zu konstatieren, aber «Kultur» und «Religion» sind hinzugetreten und fungieren als ein «Versteck» für «Rasse». Und die Situation von Frauen und Schwulen ist dabei als vermeintliches Argument immer zur Hand: Nicht nur die Debatte um den «Muslimtest» in Baden-Württemberg (2006) hat es gezeigt, sondern auch die Debatte um die Ergänzung des Artikels 3 Grundgesetz um das Merkmal sexuelle Identität im Jahr 2010.

10|

In diesem Buch wird eine Debatte nachgezeichnet, die die Grundlagen dafür geschaffen hat. Ihr Tenor lautete lange Zeit: Muslim_innen – ob nun in mehrheitlich muslimischen Ländern («islamische Welt») oder als «Minderheiten»-Gruppe in Deutschland – sind stärker als andere und in einer besonderen Weise patriarchal. Ihre Ablehnung von sexueller Selbstbestimmung hat sich im Wesentlichen seit der prophetischen bis in unsere Zeit unverändert erhalten. *People of Color* und tatsächlich religiös praktizierende Muslim_innen waren – bis auf die erwähnten «Kronzeug_innen» – *Gegenstand* der Auseinandersetzungen. Es

wurde *über* sie gesprochen, nicht *mit* ihnen, die «Diskursblockaden» wurden dabei lediglich ihnen zugeschrieben und wahlweise als «Integrationsunwilligkeit» oder als «Integrationsunfähigkeit» gedeutet. Sätze, die mit «Man wird doch wohl noch sagen dürfen, dass...» anfangen, galten in diesem Zusammenhang als Manifestationen der Meinungsfreiheit, die Abwesenheit von *People of Color* in den Debatten hingegen als Desinteresse, Verweigerung oder Rückzug in «Parallelgesellschaften». Fragen danach, wer wem wann und unter welchen Bedingungen die Themen für «notwendige» Debatten diktierte und wer welche Zugangsmöglichkeiten zu diesen Debatten hatte, mussten angesichts der vollkommen ausgeblendeten Macht-Asymmetrien gar nicht erst gestellt werden. Der Betrieb hielt sich auch ohne sie am Laufen.

Rassismus hat es in Deutschland immer gegeben. Von der Konstruktion einer «Volksgemeinschaft», die im Wesentlichen auf Blut, Boden und einer fetischisierten Sprache beruht, bis zum «Deutschland» Thilo Sarrazins, das sich «abschafft», hat sich in Gesetzen wie in Institutionen und in der Bevölkerung ein völkischer Bodensatz erhalten, der uns noch viele Jahre beschäftigen wird. Solange der deutsche Kolonialismus nicht aufgearbeitet ist, solange die Shoa vor allem als Hindernis für ein freies nationales Selbstbewusstsein angesehen wird, solange die Kinder und Kindeskinde der «Gastarbeiter_innen» als «nicht-deutscher Herkunft» angesehen werden, wird es den Rassismus alter Schule geben. Die «südländische» Optik, die Hautfarbe, ein «ausländischer» Name oder die «zugewanderte» Religion wird in Kindergärten, Schulen und Ausbildungsbetrieben, im Beruf und in der Nachbarschaft, bei Behörden und in Gesetzen entscheiden, wer dazugehören darf und wer nicht. Ein repu-

blikanisches Verständnis von Zugehörigkeit scheint heute manchmal ferner als noch in den 1980er Jahren.

Mit den Debatten nach «9/11» ist allerdings etwas passiert, was darüber hinausreicht. Schichten und soziale Bewegungen, die sich als progressiv beschrieben hätten, haben heute die Gelegenheit, sich auf den Schoß der Nation zu setzen. Dank der Rede von den sexistischen und homophoben Muslim_innen sind feministische und vor allem schwule Positionen respektabler geworden, zumindest wenn sie von Weißen eingenommen werden.³ Es sind gut gebildete, wohl situierte, gesunde heterosexuelle Damen und homosexuelle Herren, an deren Geschlechtsidentität kein Zweifel zu existieren hat, die es nicht mehr hinnehmen wollen, dass sie nicht mitspielen dürfen. Es ist ihr eigenes partikuläres Engagement und es sind ihre eigenen partikularen Argumente, die sie bis in die Arme rechtspopulistischer Parteien treiben. Es ist kein Zufall, dass die CDU und politisch noch weiter rechts zu verortende Parteien ihr Herz für Homosexuelle gerade zu einer Zeit entdecken, in der sich im Mainstream «Herkunft» und «Religion» als Erklärungsansätze für Feindschaft durchsetzen. Vergleiche etwa das Berliner Programm der rechtspopulistischen Partei «Die Freiheit»: «Wir werden dafür sorgen, dass das Schüren von Hass und Erzeugen pogromartiger Stimmungen, etwa gegen Juden oder Homosexuelle, auf die Tagesordnung der Berliner Politik und in das Bewusstsein der Bürger gebracht wird. Ein umfassendes Programm, das die Zusammenarbeit der Bezirksverwaltungen, Aufklärungsarbeit an den Schulen und Maßnahmen zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit beinhaltet, wird dazu beitragen, die Verfolgung religiöser, ethnischer und sexueller Minderheiten in Berlin zu beenden». (*Es ist unsere Stadt. Wir haben die Wahl. Am 18. September für ein besseres Berlin!*, Seite 13.)

Reale Unterschiede existieren aber nicht, sie werden gemacht. Und zwar immer wieder neu. Trennstriche zwischen Gruppen werden nicht der lieben Ordnung willen gezogen, sondern weil sie eine *Funktion* haben: Nur wenn welche draußen bleiben, ist klar, wer drin sein darf. Der Ausschluss von manchen reguliert immer auch den privilegierenden Einschluss von anderen. Es sind nicht «die» Frauen oder Homosexuellen, die sich hier verdingen. So wie nie jemand gefragt hat, ob «die» Homosexuellen eine Zweite-Klasse-«Homo-Ehe» wünschen, so steht es zumindest auch bei den hier verhandelten Fragen zu hoffen, dass die meisten Angehörigen dieser nach wie vor benachteiligten Gruppen kein Interesse an einer Nation haben, sei sie auch – zumindest symbolisch – «inklusive». Denn profitieren davon werden sie selbst nicht. Es ist im Wesentlichen eine Debatte der Medien und Institutionen, um die es hier geht. Und die werden von den wenigsten bespielt, wenn auch im Namen vieler.

Es geht den Beiträgen in diesem Buch nicht darum, Homophobie oder Sexismus in manchen Gruppen zu benennen und in anderen auszublenden oder gar zu leugnen. Das Argument ist so haltlos, wie es populär ist. Die Autor_innen, die sich hier äußern, stehen seit Jahren und Jahrzehnten aktivistisch, publizistisch und/oder akademisch «im Feld». Es geht aber sehr wohl darum, die Dienstbarmachung von Frauen- und Homosexuellenrechten bei der rassistischen Neuformierung von Staat, Nation und Gesellschaft in Frage zu stellen. Was Wiedervereinigung, Globalisierung oder EU-Integration nicht geschafft haben, ist nach dem 11. September sagenhaft schnell vonstatten gegangen. Es gibt jetzt Antworten auf die Fragen: *Wer sind wir? Wer gehört (nicht) zu uns?* Nur scheinbar stehen die öffentlichen Debatten über

³ Für lesbische und Trans*-Szenen lässt sich in diesem Zusammenhang allenfalls von einer nachholenden Entwicklung sprechen.

Sexismus und Homophobie dabei am Rand. Es besteht ein fundamentaler Zusammenhang zwischen ihnen und einem Deutschland, das sich nicht ab-, sondern *neu erschafft*. Und dieses Spiel vom Teilen und Herrschen wird denjenigen weitere Jahre und Jahrzehnte nutzen, die kein Interesse an *gesellschaftlicher* Emanzipation haben. Ohne die Analyse von Strukturen und machtförmigen Beziehungen wird es keine Handlungsstrategien geben, die tatsächlichen Fortschritt befördern. Wir müssen wieder lernen zu fragen, *was wem in welcher Situation warum nutzt*.

Das Buch kann keinen Anspruch auf umfassende Darstellung erheben: Es ist nicht als detailverliebtes Abbild der zehn Jahre nach dem 11. September konzipiert worden. Es ist vielmehr eine politische Auswahl von Texten, die sehr wohl zeitliche und transnationale Bezüge nachzeichnen, aber eben

auch Analysen liefern und Bewertungen vorschlagen, die für Interventionen *heute* wichtig sind. Es sind Texte darunter, die dokumentarisch wiederabgedruckt werden, aber auch viele neue und bisher nicht veröffentlichte.

Mein Dank als Herausgeber gilt in erster Linie den Autor_innen, die es in sehr kurzer Zeit und mit viel Engagement ermöglicht haben, ein multiperspektivisches, komplexes Bild zu zeichnen. Von der Idee bis zur Realisierung ist kaum ein Monat vergangen. Mîran Çelik, Ulaş Yılmaz und Eike Stedefeldt sind hier nicht mit eigenen Beiträgen vertreten, haben aber bei der Auswahl von Texten, bei der Redaktion bzw. beim Ertragen von stundenlangen Treffen eine wichtige Rolle gespielt. An wenigen Wochenenden und sehr geballt ist hier Zusammenarbeit im besten Sinn praktiziert worden: *freundschaftlich*. Dr. Jin Haritaworn, Dr. Alexander King, Dr. Jennifer

12|

e29

Gewalt gegenüber sexuellen Minderheiten weiter auf hohem Niveau

Die Anzahl gezielter gewalttätiger Übergriffe gegenüber sexuellen Minderheiten ist in Berlin seit Jahren auf einem hohen Niveau. Viele Opfer melden Straftaten gar nicht mehr, da ihnen die Verfolgung der Täter aussichtslos erscheint.

Lösung: Die CDU Berlin ist stolz auf die Vielfalt der Lebensentwürfe und Lebensformen in unserer Stadt. Sie sind Ausdruck einer weltoffenen Metropole, in der jeder nach seiner *Çaçon* selig werden kann. Das ist beste Berliner Tradition und Zeichen bürgerlicher Liberalität, für die gerade unsere Partei steht. Für uns gilt aber auch: Wir wollen mehr Sicherheit und stehen für „null Toleranz“ gegenüber den Tätern. Um homophobe Gewalt zu bekämpfen, ist es erforderlich, dass die Polizei die spezifischen Erscheinungsformen der Kriminalität gezielt erfasst und auch die Motivation der Täter ermittelt. Die so gewonnenen Daten müssen analysiert und dabei besonderes Augenmerk auf Herkunft und kulturellen Hintergrund der Täter gerichtet werden. Die Erkenntnisse müssen dann zielgerichtet in die Gewaltprävention einfließen.

e30

Die Offenlegung der Identität von Polizisten greift in die Privatsphäre ein

Aus: «Das muss sich ändern. Die 100 wichtigsten Probleme Berlins und ihre Lösungen» (Programm der Berliner CDU zu den Abgeordnetenhauswahlen 2011)

Petzen und vor allem Salih Alexander Wolter haben mit ihrem politischen Rat und ihrer tatkräftigen Unterstützung Großes geleistet. Sie sind wesentlich mehr als nur Autor_innen dieses Buchs. Dasselbe gilt für Gerd Schmitt, der die Gestaltung übernommen hat.

Unterschiedlichste aktivistische Hintergründe und Perspektiven kommen zusammen, Texte aus Perspektiven *of Color* stehen neben Beiträgen von Weißen, Verortetheit nach zeitlicher und örtlicher Sozialisation, Geschlechtern und anderen Kategorien, die in ihren Auswirkungen so real sind, wie sie in einer vernünftigen Gesellschaft *unnötig* wären, steht im Fokus. Ein universal gültiges Set an Werten und Identitäten, so vielleicht eine der Kernthesen aller Beiträge, gilt es nicht bloß noch global durchzusetzen. Ein solches Set, wenn es denn überhaupt gebraucht wird, muss erst entwickelt werden.

Koray Yılmaz-Günay
Berlin im August 2011

Editorische Notiz

Rassismus, Sexismus, Transphobie und Homophobie prägen – mit all ihren Überlappungen und Schnittpunkten – *alle* Mitglieder der Gesellschaft. Während manche durch diese Ungleichwertigkeits-Ideologien vor allem diskriminiert werden, profitieren andere vor allem dadurch, als Norm (weiß, nicht-trans, heterosexuell...) zu gelten. Wer durch die homophobe Organisation der Gesellschaft benachteiligt ist, kann trotzdem durch die rassistische im Genuss von Privilegien stehen. Diese unterschiedlichen Verortetheiten schlagen sich auch auf die Sprache nieder. Da hier Texte aus unterschiedlichen Kontexten versammelt sind und zudem wesentliche Eingriffe in bereits veröffentlichtes Material die Zeitgebundenheit übertünchen würde, kann es keine einheitliche Sprache geben. Dasselbe gilt für die geschlechterbewusste Schreibung von Personenbezeichnungen. Das ist Teil der Komplexität, die es sichtbar zu machen und auszuhalten gilt.

Die Begriffe *Islamophobie*, *antiislamischer* bzw. *antimuslimischer Rassismus* zeugen auch von der Zeit, in der sie gebraucht wurden/werden. *People of Colo(u)r* bzw. ... *of Colo(u)r*, *Asiatisch*, *Schwarz*, *weiß*, *Migrant_in*, *mit Migrationshintergrund*, *migrantisch* etc. werden in Ermangelung anderer, im deutschsprachigen Kontext breit diskutierter und akzeptierter Alternativen als Eigenbezeichnungen bzw. politische Begriffe verwendet. Das gilt ebenso für die Begriffe *lesbisch*, *schwul*, *Trans**, *queer* etc.